

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Ämliches Organ



1. Stadt Hochheim

Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage: Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreibach, Hochheim, Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57)

Anzeigen: In den 6-gelpten Colonnellen oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gelpten Colonnellen 30 Pf. Bezugspreis monatlich 1.- RM. Postkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 23.

Donnerstag, den 24. Februar 1927

4. Jahrgang

Neues vom Tage.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist zur Teilnahme an der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes nach Rom abgereist.

Der ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Kütz hat an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der Haltung der Aufwertungspartei, die den im sächsischen Landtag und in der sächsischen Regierung ohnehin schon zahlreich bestehenden Schwierigkeiten nur neue hinzufügen würde, ihn aus Rücksicht politischer Selbstachtung bittet, von seiner Ernennung zum Minister des Innern absehen zu wollen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist eine erneute Besprechung der Arbeitslosigkeit im Kabinett nicht beabsichtigt. Die Vorlage ist vom Kabinett bereits endgültig verabschiedet.

Zu den Blättermeldungen über eine Subventionierung der Asa aus Reichsmitteln erfahren die Blätter, daß Verhandlungen stattgefunden haben über eine Unterstützung der gesamten Asa-Industrie zur Hebung des Exports. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Wie „Havas“ aus San Remo berichtet, soll sich der ehemalige englische Vizekonsul in Berlin, Lord d'Alverton, 24 Stunden in dem Hotel aufhalten haben, in dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann abgestiegen ist.

In einer Vorstadt von Paris ist ein italienischer Kommunist namens Monti ermordet worden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um ein politisches oder gewöhnliches Verbrechen handelt.

Wie das „Journal“ aus Madrid berichtet, wird der König von Rumänien demnächst in Spanien eintreffen und in einer Ortschaft in der Provinz Cadix Aufenthalt nehmen.

Frankreich soll zahlen!

Die englische Regierung drängt neuerdings immer entschiedener darauf, daß Frankreich endlich mit der Rückzahlung seiner Kriegsschulden beginnen soll. Daraus hat sich nunmehr der Finanzausschuß der französischen Kammer mit dem Schreiben des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol bezüglich der provisorischen Ausführung der internationalen Schuldentilgungsabkommen und mit der schriftlichen Antwort Poincarés auf diese Anfrage beschäftigt.

In seinem Antwortschreiben vertritt Poincaré die Ansicht, daß die übernommene Verpflichtung, im Budgetjahr 1927/28 eine Summe von 6 Millionen Pfund Sterling an England zu zahlen, einen rein provisorischen Charakter trage, und übernommen worden sei auf Drängen des englischen Schatzkanzlers. Die Festsetzung der Höhe der Zahlung selbst präjudiziere in keiner Weise die Ratifizierung des französisch-englischen Schuldentilgungsabkommens und beeinträchtige in keiner Weise die Rechte des Parlaments.

Was die von Vincent Auriol aufgeworfene Frage anbelangt, daß das Parlament immerhin auch über die Abschlagszahlung in Höhe von 6 Millionen Pfund hätte befragen werden müssen, so führt Poincaré Präzedenzfälle an, namentlich bei Rückzahlungen von Vorschüssen an Uruguay und Holland, bei denen auch eine ausdrückliche Befragung des Parlaments unterblieben sei. Dem Parlament stünde übrigens frei, die von der Regierung getroffene Entscheidung, wenn es sie für inopportun halte, zu revidieren, denn die Regierung sei sich bewußt, die Zukunft vorbehalten und dem Parlament Zeit überlassen zu haben, in vollkommener Ruhe und Freiheit die Ratifizierung internationaler Abkommen zu studieren. Durch die Maßnahme provisorischer Zahlungen habe man Eventualitäten vermeiden, daß etwa ein Druck von Seiten des Auslandes auf Frankreich in dieser Frage ausgeübt werden könnte.

Nach der Verlesung dieses Schreibens entwickelte sich im Ausschusse eine kurze Diskussion. Doch wurde beschlossen, bevor irgend eine Resolution gefaßt würde, die Regierung aufzufordern, dem Ausschusse den zwischen der französischen und englischen Regierung gepflogenen Briefwechsel, sowie alle die Schuldentilgungsfrage betreffenden Dokumente vorzulegen.

Damit ist die Sache vorläufig mal wieder auf die lange Bank geschoben worden. Inzwischen wird nicht locker lassen, denn es will sein Geld wiederhaben und zwar so schnell als möglich.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Maßnahmen der Regierung.

Das vom Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgelegene Programm zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sieht für mehr als 30 000 Arbeiter Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten vor. Um dieses Programm zu finanzieren, wird der Minister für öffentliche Arbeiten Barthelemy im Parlament Zusatzkredite beantragen, und zwar 20 Millionen Fr. für Bauarbeiten, 60 Millionen für die Unterhaltung der Schiffsfahrwege und 12 Millionen für Hafenarbeiten. Die Ausgaben, die für Eisenbahnarbeiten und Neubestellungen von rollendem Material notwendig werden, sollen dadurch aufgebracht werden, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Privatgesellschaften ermächtigen würde, den Betrag der Subventionen, die sie im Jahre 1927 ausgeben würden, um 365 Millionen Fr. zu erhöhen.

Reinhold und seine Finanzpolitik.

Worum geht der Streit?

In einer Berliner Zeitung führt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in einer umfassenden Rechtfertigung seiner Finanzpolitik u. a. aus: Worum geht der Streit? Als ich im Februar 1926 die deutsche Steuerlast um eine halbe Milliarde erleichterte, stellten das die Deutschnationalen als eine Bankrotspolitik hin, die spätestens im Herbst 1926 zum Zusammenbruch der Reichsfinanzen führen und uns in eine heillosen Defizitwirtschaft hineintreiben müßte. Seit das provisorische Defizit nicht eingetreten ist, hat man ein neues Schlagwort gefunden:

Ich hätte nur deshalb das Budget im Gleichgewicht halten können, weil ich die angesammelten Reserven von 500 Millionen aufgebraucht hätte. Eine völlig unwahre Behauptung! Wenn sie wiederholt werden sollte, werde ich vom jetzigen Reichskabinett Befreiung von meiner amtlichen Schweigepflicht erbitten, um Mark für Mark nachzuweisen, welche Reserven ich vorgefunden habe und wie es bei meinem Ausscheiden aus dem Amte damit stand.

Für heute sei nur das gesagt: Ich habe keinen Pfennig dieser stillen Reserven zur Deckung von Ausgaben des öffentlichen Budgets benutzt. Dagegen habe ich etwas anderes getan: Ich habe die angesammelten Gelder, die maßlos dem Kapitalmarkt entzogen waren und lediglich dem Geldmarkt in durchsichtiger Weise zur Verfügung standen, wieder dem wirtschaftlichen Kapitalmarkt zugeführt: alles in Form verzinslicher und rückzahlbarer Reichsbanknoten für den Wohnungsbau, für das Investitionsprogramm der Reichsbahn, für landwirtschaftliche Kredite und andere produktive Zwecke.

Ein Interview mit Dr. Wirth.

Die Deutschnationalen und Locarno.

Der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Wirth gewährte dem Sonderberichterstatter des Pariser „Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er seine Haltung gegenüber dem Kabinett Marx damit begründete, daß er die Vertiefung der Deutschnationalen an der Regierung für unvereinbar mit der Verteidigung der Verfassung von Weimar ansehe. Es scheine ihm, daß ihre verspätete Zustimmung zur Verfassung verdächtig sei.

Einschließlich der auswärtigen Politik erklärte Dr. Wirth, daß er nicht glaube, daß die Deutschnationalen die Absicht hätten, sich gegen die Politik von Locarno zu wenden, vielmehr glaube er, daß der Verständigungsgedanke bei ihnen Anklang gefunden hätte. Die Deutschnationalen legten sich vollkommen Rechenschaft davon, daß es für Deutschland keine andere Politik gebe. Die Deutschnationalen könnten eine Gefahr für die Freiheit in Deutschland bilden, sie seien aber keine Gefahr für die Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland.

Wirth wandte sich dann in energischer Weise gegen die Fortsetzung der Rheinlande. Ihr Fortbestehen sei ein Fehler, denn sie erhöhe die Sicherheitsanforderungen Frankreichs nicht. Durch sie werde die Entwaffnung Deutschlands, die durchgeführt ist, nicht kontrolliert und außerdem beschleunige sie in keiner Weise die Durchföhrung des Dawes-Planes. Sie gebe höchstens verhängnisvollen Polemiken Nahrung, niemals aber den, die in allen Ländern eine verabschämungswürdige Politik des Hasses und des Angriffes verfolgen. „Unser Land muß freigemacht werden“, so schloß Dr. Wirth, „wenn die deutsch-französische Verständigung eine gefestigte Realität werden soll.“

Die Wirren in China.

Zur Beschießung Shanghais.

Die Beschießung Shanghais durch ein chinesisches Kriegsschiff erregt in London großes Aufsehen. Die Blätter melden, daß sich die Ausländer in der Hanvstraße konzentriert. Die Engländer hatten sich bereit, die Niederlassung zu verteidigen.

Der „Star“ bemerkt, angesichts der großen internationalen Flotte vor Shanghai werde jede Aktion der unbedeutenden chinesischen Flotte sofort aufgeschallen worden. Die Gefahr liege darin, daß der Angriff des chinesischen Kriegsschiffes einen Konflikt in Shanghai selbst auslösen könne. Weiter wird gemeldet, daß Unruhen in dem chinesischen Gebiet ausgebrochen sind, das an die französische Konzeßion grenzt.

Die chinesischen Polizisten, die bisher Zutrittsanfragen ergeben waren, lehnen sich auf. Erregte Menschenmengen ziehen durch die Straßen und verfeuern die Behörden, die für die vielen Einrichtungen verantwortlich sind, in Schrecken. Streikposten in Nanking greifen die Befehlshaber zweier britischer Kriegsschiffe an und verfeuern sie leicht. Verschiedene Matrosen wurden über Bord geschoben.

Die Zahl der Streitenden beläuft sich noch auf 100 000. Der Dienst bei der Post ist teilweise wieder aufgenommen worden. Die Schifffahrt ist lahmgelegt. Es finden noch weitere Einrichtungen statt, doch sind sie weniger zahlreich.

Politische Tageschau.

Ein Telegramm Hindenburgs an den Mittelstand. Aus Anlaß der öffentlichen Kundgebung von Mittelstandsgruppen in Berlin hat der Reichspräsident an den Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht ein Telegramm geschickt, in dem er dem Reichsausschuß zu seiner Tagung seine herzlichsten Grüße und zugleich seine aufrichtigen Wünsche für guten Erfolg der Beratungen entbietet. Der Reichspräsident gibt in dem Telegramm weiter dem Wunsch Ausdruck, daß die Arbeiten des Ausschusses dazu helfen möchten, den durch Krieg und Nachkriegszeit gefährdeten deutschen Mittelstand in Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft und Geistesarbeit zu kräftigen und zu stärken.

Die konfessionelle Zusammensetzung der Reichswehr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages teile auf eine Anfrage über die Religionszugehörigkeit der Wehrmachtangehörigen General v. Haaf mit, daß es in der Reichswehr gebe: Evangelische 76 573, Heeresangehörige, Katholiken 24 598, germanische Glaubensgemeinschaft 2, Juden 12, Dissidenten 5, Freidenker 1, ohne Bekenntnis 2, außerdem noch einige Mormonen, Baptisten und Normonen.

Abkündigung des Haushaltsplans in Mecklenburg-Schwerin. Bei der Schlußabstimmung über den Haushaltsplan für 1927/28 im Hauptausschuß des Landtages wurde der Haushaltsplan abgelehnt durch die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Völkischen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten. Voraussichtlich tritt der Landtag am Dienstag, den 1. März, zusammen, um die Lage zu klären.

Das Schenkungssteuergesetz im Reichsrat verhandelt. Die Verhandlungen des Reichsrates über das Schenkungssteuergesetz, die gestern begonnen hatten, wurden auf den Wunsch einiger Landesregierungen bis zum März vertagt. Sie sollen nunmehr am 7. März beginnen und voraussichtlich drei Tage dauern. Bis dahin werden die Länder wahrscheinlich neue Abänderungsanträge zu dem Regierungsentwurf eingebracht haben.

Abkündigung der Brantweinsteuererhöhung. Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats zur Beratung der Erhöhung der Brantweinsteuer hat die Vorlage behandelt und ist zu dem Entschluß gekommen, dem Hauptausschuß die Ablehnung der Brantweinsteuererhöhung zu empfehlen. Der Arbeitsausschuß für die Beratung des zweiten Teiles der Regierungsvorlage, nämlich der Ermäßigung der Zucksteuer, wird in der nächsten Woche zusammenzutreten.

Das sozialdemokratische Pensionsfürsorgegesetz. Das Pensionsfürsorgegesetz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist jetzt eingegangen. Der Entwurf behandelt zunächst die Erfassung der Privateinkommen. Neberrückgeführt soll das Privateinkommen bei der Kürzung bleiben bis zur Höhe des Betrages, der dem Gehalt der Eingangsstufe der Befoldungsgruppe A 10 entspricht. Das Ruhegehalt einschließlich des Kürzungszuschlags soll um die Hälfte des Betrages gekürzt werden, um den das Privateinkommen das Kürzungsfreie Privateinkommen übersteigt. Als Pensionshöchstbetrag werden in dem Entwurf 12 000 Mark jährlich festgelegt. Das Republikantengesetz soll dahin abgeändert werden, daß im Falle der Entlassung auf Gefängnis oder Festungshaft zugleich auf Verlust der beseitigten öffentlichen Ämter, bei Militärpersonen auf Dienstentlassung, sowie den gänzlichen oder teilweisen, den dauernden oder zeitweiligen Verlust des Gehalts, Wartegeldes oder Ruhegehalts zu erkennen ist.

Außerdienststellung des Linienhieses „Hannover“. Am 1. März scheidet das Linienhies „Hannover“ aus dem Dienst und wird durch das umgebaute Linienhies „Zähleisen“ ersetzt. Am Sonntag wird die Mannschaft in einem Gottesdienst von dem alten Schiff Abschied nehmen.

England und der Abkündigungsvorschlag Coolidges. Auf eine Anfrage im Unterhaus über die Verantwortung des Abkündigungsvorschlages Coolidges erklärte Premierminister Baldwin, die Regierung habe sich mit den Dominionen ins Benehmen gesetzt. Sobald deren Auffassungen vorlägen, glaube er in der Lage zu sein, die Note zu beantworten und eine Erklärung im Unterhaus abzugeben.

Die Bevölkerung der Sowjetunion. Nach den Angaben des Leiters der statistischen Zentralstelle, Ossinski, beträgt die Einwohnerzahl der Sowjetunion 144 805 000, während das gegenwärtige Gebiet der Sowjetunion 1897 von 104 100 000 und 1914 von 135 600 000 Personen besiedelt war. Auf Sowjetrußland entfallen davon 99 670 000, d. h. 69 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion, auf die Ukraine 23 870 000 oder 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, und auf Transkaukasien 5 791 000 (4 Prozent).

Verstärkung des Volkswissens in England. Gelegentlich einer Rede des englischen Kriegsministers in Gloucester über das China-Problem wurde die Frage an den Minister gerichtet, welche Schritte die Regierung hinsichtlich der russischen Propagandastätigkeit in England zu tun gedenke. Der Minister erklärte, daß die Regierung bestrebt sei, alles zu tun, um für verstärkte Sicherheit in dieser Beziehung zu sorgen und daß, der Regierung noch für eine kurze Frist in dieser Angelegenheit ihr Vertrauen zu gewähren. Ich kann versichern, so führte er aus, daß kein Mitglied des Kabinetts irgendwelche Schwäche über den Wunsch bekundet hat, der Sache auszuweichen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Februar.

Das Haus verabschiedet ohne Aussprache das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr mit Luxemburg in allen drei Richtungen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts 1927 beim

Etat des Reichsjustizministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Everling (Dtl.) wünscht dem neuen Justizminister, dem ersten aus dem Kreise der Deutschnationalen, erfolgreiche Arbeit an den bevorstehenden Gesetzgebungsaufgaben, und hofft, daß es ihm gelingen möge, die Rechtsprechung auch fernerhin von Politisierung freizubehalten. Wir wünschen, daß der Grundsatz sachlicher Berichterstattung und des Richteingriffs in ein schwebendes Verfahren wieder zu seinem Recht kommt. Solange die Ehegerichtsreform nur auf Erleichterung der Ehescheidung hinausläuft, helfen wir uns dagegen im Einverständnis mit unseren katolischen Freunden. Die Annahme darf man nicht übersteigern. Wir wünschen einen Schutz der christlichen Feiertage. Der 11. August einigt nicht das ganze Volk und ist kein Nationalfeiertag. Aber wenigstens ein Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges sollte möglich sein. Im übrigen verlangen wir, daß die Autonomie der Länder gewahrt wird. Die Abstimmungsergebnisse des richterlichen Beratungsjournals müssen geheim bleiben. Wir treten für die Unabhängigkeit der Richter ein. Die am meisten über Klassenjustiz schreien, können am wenigsten Objektivität aufbringen. (Lärm bei den Kommunisten.) Sehen Sie sich nur Herrn Köllin als Richter im Untersuchungsausschuß an. Wir wünschen, daß der königliche Gedanke in der Justiz herrsche: Jedem das Seine!

Abg. Voßius (Ztr.) dankt dem Minister für die Sachlichkeit, mit der er die Vertrauenskrise behandelt hat. Aber es handelt sich hier vielmehr um eine Rechtsprechungskrise als Folge der Wirtschaftskrise. Die Aufwertungsgefeßgebung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Richter rechtzeitig den Grundsatz „Markt gleich Markt“ aufgegeben hätten. Aber das war eben nicht möglich. Deshalb liegt in dieser Feststellung kein Vorwurf. Auch von einer politischen Vertrauenskrise kann man nach dem Kaffeebeschuß der Richter nicht mehr sprechen. Wenn die Anwendung des Hochverratsparagrafen nicht dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, muß das Gesetz geändert werden. Die Richter haben alles getan, aus der Krise herauszukommen. Deshalb gebührt ihnen ein Vertrauensvotum. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erinnert an das 50jährige Bestehen des Reichsjustizministeriums. Am 1. Januar: Mit Hochachtung gedenken wir der von diesem Amt geleiteten gesetzgeberischen Arbeiten und der Männer, die mit ungewöhnlicher Sachkenntnis und hingebender Pflichttreue ihrer Fämter gewirkt haben. Leider fehlen den acht Staatssekretären, die in den 40 Jahren bis 1918 gewirkt haben, schon 15 verabschiedete Justizminister in acht Jahren gegenüber. Die Angriffe gegen Staatssekretär Joel persönlich bedauern wir tief. Im Anschluß hat man ihn sogar als eine Gefahr für die Republik bezeichnet. Konstruieren Sie (nach links) doch nur nicht so viele Gefahren für die Republik. Uebrigens hat Staatssekretär Joel oft genug Beweise seiner absoluten politischen Zuverlässigkeit gegeben. Das Thema von der Vertrauenskrise hängt an, langweilig zu werden. Das Justizministerium darf in die Rechtsprechung gar nicht eingreifen, und vor Verallgemeinerungen sollte man sich hüten. Die Hochverratsurteile entsprechen durchaus dem geltenden Recht. Aber der Staat kann kommunalistischen Idealen gegenüber auch gar nicht auf sein Selbstbehaltungsrecht verzichten. Ich bin kein Unionist, aber ein Übergang zur Justizhoheit von den Ländern auf das Reich ist unbedingt notwendig. In Vermittelung und Gefeggebung sind wir zu Einigen gekommen an die Länder bereit, aber die Justiz muß unbedingt vereinheitlicht werden.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.): Man hat uns gefragt, ob wir nicht auf den Boden der Verfassung treten wollen, dann könne das Reichsgericht uns freundlichster behandeln. Ein solches Versprechen können wir nicht geben, denn der ganze Vorschlag ist verfassungswidrig. Wir bleiben die Alten. Schließlich vertagt sich das Haus.

Aus dem Reichstagsrat.

Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß, die im September in Rio de Janeiro stattfindende internationale Handelskonferenz zu beschicken. Ferner wurde beschlossen, einen besonderen Reichs-

ungsausschuß zu gründen. In der nächsten Zeit wird die Staatsberatung im Plenum fortgesetzt und zwar in folgender Reihenfolge: Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Ernährungsministerium, Auswärtiges Amt. Der Etat soll auf jeden Fall zum verfassungsmäßigen Termin, den 1. April, fertiggestellt werden. Der Präsident beabsichtigt, erforderlichenfalls von 10—11 Uhr vormittags und 3—6 oder 7 Uhr nachmittags Sitzungen abzuhalten.

Handelsteil.

Berlin, 23. Februar.

— **Effektenmarkt.** Die Stimmung an der heutigen Börse war freundlicher. Die Kurse etwas erholt. Am Rentenmarkt lagen Rognen und Vorkriegspapierbriefe schwächer, Ablosungsanleihe dagegen etwas fester.

— **Devisenmarkt.** Bei stillem Geschäft international nur geringe Schwankungen.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizenmarkt, 26.10—26.40, Roggenmarkt, alt 24.40—24.70, neu 24.40 bis 24.70, Braugerste markt, 21.40—24.20, Wintergerste alt 19.40 bis 20.70, neue 19.40—20.70, Hafer markt, 19.10—20.10, Mais 18.70—18.90, Weizenmehl 34.75—37.00, Roggenmehl 33.90—35.90, Weizenkleie 15.75, Roggenkleie 15.25.

Frankfurt a. M., 23. Februar.

— **Devisenmarkt.** Kaum verändert.

— **Effektenmarkt.** An der Effektenbörse trat zum amtlichen Beginn ein Tendenzumschwung ein, bei dem die Hauspartei wieder die Führung übernahm. In der Hauptsache war die Erholung auf Eindeckungen und Glattstellungen von Baiffe-Engagements der Großspekulation zurückzuführen. Sehr still lag der Anleihemarkt, Anleiheablosung ohne Auslosungsrecht wieder 26, Schutzgebiet 13.2.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29.25—29.50, Roggen 27.00, Sommergerste 25.00—26.00, Hafer 21.75—22.50, Mais 18.50—18.75, Weizenmehl 40.25—40.75, Roggenmehl 38.00—38.50, Weizenkleie 14.00, Roggenkleie 14.00 bis 14.25.

Aus aller Welt.

□ **Die Holzarbeiterausperrung.** Die Aussperrung der Holzarbeiter soll, wie der „Vorwärts“ mitteilt, in Stuttgart sofort und in den übrigen Teilen des Landes am 26. Februar beginnen und dürfte etwa 9400 Arbeiter umfassen. Die Verhandlungen bei der Möbelfabrik Schönte in Stuttgart sind ergebnislos verlaufen. Lohnstreikigkeiten bei dieser Firma bilden die Ursache der Aussperrung. Verhandlungen vor dem Schlichter sind ergebnislos verlaufen.

□ **Großfeuer.** Morgens brannte in Rosenfeld (Württemberg) ein Doppelwohnhaus und ein angebauter Scheunengebäude ab. Die Bewohner des Wohnhauses, die im Schlaf überrascht wurden, konnten sich nur mit knapper Not retten. Der Schaden ist sehr groß.

□ **Im Kalkofen verbrannt.** Im Kalkofen des Kalkwerkes in Heidenheim wurde ein verkohlter Leichnam aufgefunden. Vermutlich hat der Verunglückte sich in betrunkenem Zustand in den Ofen gelegt, wurde von den ausströmenden Gasen getötet und ist schließlich verbrannt.

□ **Verhaftung in der Mordache Rosen in Thüringen.** Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus Camburg a. d. S. meldet, wurde in dem benachbarten Eschfeld durch Breslauer Kriminalbeamte der Stallknecht Paul Wolf festgenommen, um nach Breslau überführt zu werden. Der Festgenommene ist in die Mordache Rosen verwickelt.

□ **Schröders Gnadengesuch dem Justizministerium überwießen.** Wie die „Magdeburgerische Ztg.“ berichtet, liegt das Gnadengesuch Schröders, der am 17. September v. J. wegen Raubmordes an dem Buchhalter Helling zum Tode verurteilt worden ist, nunmehr dem Justizministerium vor. Dem Gnadengesuch sind auch die literarischen Arbeiten, die Schröder während seiner bisherigen Haft angefertigt hat, und die einen Umfang von fünf handgeschriebenen Bänden umfassen, beigelegt.

□ **Ein Zug im Schnee festgeblieben.** Nach einer Meldung aus Koniasbera i. Tr. blieb zwischen den Stationen

Lebnarten und Bilslein ein Kleinbahnzug stecken, und ließ sich auch nicht mehr ruckwärts bewegen. Von der Station wurden telephonisch Schienen zum Abtransport der Fahrzeuge herbeigeführt. Erst am nächsten Tage gelang es mit vieler Mühe, die Strecke wieder frei zu machen.

□ **Großfeuer in einer Tiroler Gemeinde.** Wie die „Bruder Nachrichten“ melden, brach in Dro bei Arco in der Nacht ein Feuer aus, dem zwölf Häuser zum Opfer fielen. 15 Familien sind obdachlos. Die Entschädigung des Brandes auf einen schadhafte Kamin zurückzuführen. Der Schaden beträgt eine halbe Million Lire.

□ **Schneeverwehungen in Lappland.** Seit einigen Tagen tobt im nördlichen Lappland ein schwerer Schneesturm, der den Verkehr fast lahmgelegt ist. Ein Erzug, der in den Schienen festgefahren war, konnte nur nach mehrstündiger Arbeit freigemacht werden. Die Züge kommen trotz der Minderung der Wagenzahl nur langsam vorwärts. Die Temperatur ist auf 27 Grad Kälte gesunken.

Letzte Nachrichten.

Aus dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags.

Berlin, 23. Februar. Ueber die heutige Besprechung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags, die sich um die sozialdemokratische Seite aufgestellten Behauptungen über Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und russischen Stellen der russischen Sowjetrepublik drehte, will die „Freie Presse“ folgendes berichten können: Aus den Darlegungen des Staatssekretärs v. Schubert und des Reichswehrministers Dr. Gessler ergab sich, daß alle Verbindungen nach Sowjetrußland liquidiert seien, und daß es sich bei den von der sozialdemokratischen Seite veröffentlichten Dokumenten lediglich um letzte Liquidationsmaßnahmen handele.

Aufhebung der noch geltenden Bestimmungen der Devisengesetzgebung.

Berlin, 23. Februar. Durch eine demnächst erscheinende Verordnung werden die noch geltenden Bestimmungen der Devisengesetzgebung aufgehoben. Es handelt sich um die Vorschriften, wonach der Handel mit Devisen durch die Reichsbank und Wechselstuben, vorbehaltlich der Ankauf und die Abgabe von Devisen von den gesetzlich festgesetzten Beschränkungen in jeder Richtung frei. Die deutsche Reichsbank zu deren Schutz die Devisengesetzgebung erlassen worden bedarf einer Stütze durch solche gesetzliche Vorschriften mehr. Etwaigen Auswüchsen im Bankgewerbe, gegen aufzuhebenden Bestimmungen Handhabe bieten sollen, auf Grund des umfängst bis zum 31. Dezember 1927 längeren Depot- und Depositengesetzes in ausreichender Maße entgegengetreten werden.

Zur Regelung der deutsch-englischen Vorkriegsschulden.

London, 23. Februar. Im Unterhaus fragte Rumbold den Präsidenten des Handelsamtes, ob es den britischen Leuten auf Grund des Verfallers Vertrages möglich sei, Deutschland den Wert solcher nach Deutschland vor dem Ausbruch des Krieges ausgeführter Güter ersetzt zu erhalten. Von der deutschen Regierung für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden; ferner ob Schritte bezügl. welche unter dem Namen der britischen Exporteure das Reich und Schiffsfahrern, Bezahlung für solche Güter zu erhalten, die auf Grund von Freihandelsverträgen durch das englisch-deutsche Güterhaus veräußert worden sind. Chadwick sagte in seiner Antwort, wenn die Güter Eigentum der britischen Kaufleute waren, so auf dem Gebiet beschlagnahmt wurden, so wären sie in Anspruch genommen, auf Grund des Artikels 297 des Vertrags von 1919 durch das Ausgleichsamt Ansprüche gegen das deutsche Reich geltend zu machen. Wenn das Reich auf den deutschen Warenempfänger übergegangen sei, so auf Grund des Artikels 296 des Kaufpreises einzufordern. Er voraussetzt, daß die beiden in Betracht kommenden Güter am Tage der Ausrufung des Vertrages auf britischem oder deutschem Gebiet anfallig waren. Die für die Einbringung

Durch graues Leben

Roman von Ludwig Sanfson.

(Nachdruck verboten.)

Das alles ging im Kluge durch Eduards er-bittertes Herz und dann die Frage: Was werden diese beiden beabsichtigen? Wo werden sie hinwollen? Im Laumel hatte er sie gar nicht gefragt. Ach! Sollte doch nichts gesagt von Marktheide und vom Markt? Doch; dort war ja heute der weit und breit bekannte Septembermarkt. Daß er nicht gleich daran dachte! Vielleicht, daß der alte Rubensohn dort eine gute Heirat für den „Hochzeitsfänger“, an dem in letzter Zeit sich kein Mädchen mehr verheiratete, anbahnen sollte und ein Mädchen ausfindig machen unter der zahllosen Bauernjugend, die sich auf dem Markt zum Tanz und Vergnügen zusammenfand.

Sander wachte auf von seinem Bräutigam. Das Städtchen lag hinter ihm und den Passagieren; eigentlich unter ihnen. Denn die Landstraße stieg dort so steil empor, daß schon einige hundert Schritte vor den letzten Willen das tiefliegende Tal mit seinen schmutzigen Land- und Kurzhäusern, seinen verstreuten Gehöften und Bauerngehöften, seinen Türmen und Plätzen zu Füßen des Heidebäuers ausbreitete lag. Schon drang die Sonne heftig mit mildem Glanze durch den Nebel, der sich von der stillen anmutigen Landschaft lösend hob gleich der grauen Larvenhülle von dem vielfarbigen Kaffee. Wohlwollende Wärme zog über die Waldbänge, die das Städtchen wie mit einem Kranze umrahmten in schon herbstlicher Farbenfülle. Parte Allänge voll Wohlmut, wehmütige Weisen zogen herauf auf Schwingen des Morgenwindes, die Mühl der Aufkapelle, deren Töne in Busch und Wald verhauchten und mit dem Herbstfrieden der Natur sich

einten wie zur Sabbatrube. Früh war der Herbst gekommen, eine Folge der übermäßigen Trockenheit, die den ganzen Sommer geherrscht und den Lebenssaft der Pflanzen ausgetrocknet hatte.

Im Nu war Sander von dem „Heidenaden“ geistrun-gen und ging schweigend neben den Pferden. Es war ihm Gewohnheit bei jeder Fahrt diesen steilen Gang herauf. Er dachte sich als unnötige Last für die Pferde bei ihrem Verrichten, und so suchte er in seiner Jugendkraft ihnen Schamung zu geben, wo er es vermochte. Rubensohn zeigte erschrocken das Gesicht am Fensterlein.

„Was wird passiert sein, Herr Hoch, daß der Knecht ach?“ fragte er.

„Laßt ihn doch, Rubensohn! Der ist meckhugge!“ lachte Hoch. „Er meint sicher, die Gänse bräuteten ihn mit hinaus nach Marktheide, wie seine Kuh, mit der er vor Jahren gefahren hat. Himmel, wie langsam! Wart' ich brinne es dem Posthalter an! Ach wünscht' der Kerl müß' selbst niebe helfe!“

Rubensohn beschwichtigte: „Menne Sie sich mit in solche Kräm, die uns nichts angehn! Und hör'n Sie mal: Wenns was wird, heut oder später, ich meine aus Ihre Heiratsplan' mit der schönen Rosa Schreiber, dann geht doch der alte Rubensohn mit ganz leer aus! Ach bean-spruch' wenig, doch Sie werde wiße, daß ich kein reicher Mann bin und ehrlich handle. Etwas muß doch abfallen bei solch' alter Partie, meine Sie doch auch, nit wahr?“

„Freilich Alter! Sorgt Euch nur nit! Wird was aus der Freierei, die Ihr bei dem alten Schreiber glück-lich in die Wege leitet müßt, so fälle zum mindeste dreißig Taler für Euch ab. Seid Ihr zufrieden?“ Hoch sah den Alten lauernd an.

„Zufrieden? Sehr zufrieden! Sehr zufrieden! Und warum soll nichts werde aus unsere Pläne! Ein' Taler

wie Sie, wird man nit überall finde! Mit dem Schreiber werd' ich einig und Sie müße sehe, wie Sie Tochter gefalle.“ Der alte Handelsmann lebte eine Eke mit strahlendem Gesicht. Er war eine ehrliche Natur. Heute hatte ihn der „Hochzeitsfänger“ angezogen, für ihn den Heiratsplan zu spielen. Früher er Rubensohn nicht angesehen oder über ihn geseht, er mit ihm dachte doch heute Adam Schreiber, den er mirt in Marktheide samt seiner in der Runde als Heidebekannte Rosa zu überumpeln.

Der Postwagen hatte die steilen Strecken fast überwunden und rollte nun auf ebener Bahn, doch die Landstraße von Süd nach Nord längshin über Vergräben zieht. Bis hierher hatte ihn der Wald umgeben, das Feld nur rechts das Geleite gegeben, aber begann ein festes Stück im Gebiete des Taunuslandes, ein kleines Heidegebiet, einst stundenweit streckend in Länge und Breite, in neuerer Zeit aber eingekürzt vom Walde, der sich immer weiter ausbreitet. Schon von weitem grünten Karbe und Duff Heideblume, beiseiden wie sie selber.

Der Postillon schlang sich auf sein Gefährt und seinen Putz legten sich die Pferde in scharfen Trab holte ein, was er scheinbar vermag hatte. Schon der Trager von vorn in der frischen, freien Weite weagewohlt. Um ihn die Heimat, die Hügel und das lieblichen Taunus bis in die fernsten, dampfenden Weiten mit ihrer friedvollen, lebendigen Schönheit mochte da zum Schaden noch wahren und an Spott Unfug eines Unmenschen denken, und grübelnd, den brud veräximmern, seinem Sinnen nachhängen, über die

(Fortsetzung folgt)

preussischer Landtag.

Berlin, 23. Februar.

Im Preussischen Landtag wurden heute nachmittag die Abstimmen über die kommunistischen Misstrauensanträge gegen preussischen Kultusminister und den Wohlfahrtsminister genommen. Das größere politische Interesse konzentriert sich die Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen den Kultusminister, der bekanntlich wegen seiner Verordnung die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft in Bezug auf gewerblichen Räume im Landtag stark angegriffen wurde. Auffassung des Wohlfahrtsministers, daß diese Verordnung abgibt am 1. April 1927 in Kraft treten müsse, hat sich, wie aus dem Landtag angenommenen Änderungsanträge ersichtlich bleiben werden.

Ministerpräsident Brauns

Die Beratung mit einer längeren Rede ein, in der er die Auffassung der Hamburger Presse zurückwies, als ihm durch eine Rede des Hamburger Bürgermeisters Dr. Eberhard eine Generalabrechnung mit Preußen zuteil geworden. Ausführungen des Hamburger Bürgermeisters entbehrten um die tatsächlichen Grundlage. Es ist unrichtig, daß Preußen die Forderung der norddeutschen Kleinstaatensystem. Ich habe nicht mehrfach erklärt, führte der Minister aus, daß Preußen die Kleinstaatensystem nicht daran denkt, auf irgendwelche Kleinstaatensystem Druck auszuüben, um sie zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit zu veranlassen und ihren Anschluß an Preußen zu erzwingen. Indessen nach dem die preussische Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Kleinstaatensystem in Zukunft nicht mehr darauf rechnen können, daß ihnen eigenen Einrichtungen zur Verfügung stellt, die sie eigenen Mitteln nicht erhalten können.

Ablehnung der Misstrauensanträge.

Bei der Abstimmung lehnte das Haus das von den Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister Hirtzfelder wegen seiner Verordnung über die Freigabe gewerblicher Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft eingebrachte Misstrauensvotum mit 224 gegen 47 Stimmen der Kommunisten und 10 Stimmen der Sozialisten ab.

In einer gleich darauf folgenden Abstimmung lehnte der Landtag das gegen Kultusminister Dr. Eberhard wegen seiner Stellung in der Konfessionsfrage eingebrachte Misstrauensvotum mit 210 gegen 194 Stimmen der Deutschnationalen, Sozialisten, Volkspartei, Volkslisten und Kommunisten ab.

Aus Nah und Fern. Sitzung des Kreistages für den Landkreis Wiesbaden.

Hörsheimer Brückenbau.

Die erste Versammlung des neu gewählten Kreistages Wiesbadens fand nach der Eingemeindung von Dieblich, Sonnenberg und Schierstein im Kreisbauhause statt. Der Kreistag hatte bereits in seiner Sitzung am 20. November v. J. beschlossen, daß der Landkreis Wiesbaden sich an der Aufbringung der Kosten des Brückenbaues Hörsheim-Rüffelsheim beteiligt und die bar aufzubringenden Kosten durch Anleihen bereitzustellen. Inzwischen hat der Landeshauptmann einen Finanzierungsplan aufgestellt, nach dem die Baukosten der Brücke insgesamt 580 000 M. betragen. Auf den Landkreis Wiesbaden entfallen zwei Drittel = 386 666 M. Der Minister für Volkswohlfahrt hat mit Erlaß vom 19. November weitere Mittel zur Gewährung von Darlehen zur Förderung der Neubausarbeiten zur Verfügung gestellt. Hierfür hat der Landkreis Wiesbaden 90 000 M. überwiesen worden. Ferner stimmte der Kreistag einem Dringlichkeitsantrag der SPD. zu, wonach ein weiteres Darlehen von 1 Million zur Förderung der Neubausarbeiten und Förderung des Wohnungsbaues aufgenommen werden soll.

Von anderer Seite wird uns noch geschrieben: Wiesbaden, 22. Februar. Als Mitglieder des Kreisbauhauses wurden gewählt: Christ-Kloppenheim (Landwirtschaftsbund), Birk-Dohheim (Wirtschaftsbund), Gertraudenstein (Zentrum), Sulzbach Bierstadt (SPD.), Stegertshausen (SPD.) und Bach-Dohheim (Komm.). als Kreisbauhaushausmeister Herr Habicht-Hörsheim (SPD.).

Der Kreistag hatte bereits in seiner Sitzung am 20. November v. J. beschlossen, daß der Landkreis Wiesbaden sich an der Aufbringung der Kosten des Brückenbaues Hörsheim-Rüffelsheim beteiligt und die bar aufzubringenden Kosten durch Anleihen bereitzustellen. Inzwischen hat der Landeshauptmann einen Finanzierungsplan aufgestellt, nach welchem die Baukosten der Brücke insgesamt 580 000 M. betragen. Auf den Landkreis Wiesbaden entfallen zwei Drittel = 386 666 M. Der Minister für Volkswohlfahrt hat mit Erlaß vom 19. November weitere Mittel zur Gewährung von Darlehen zur Förderung der Neubausarbeiten zur Verfügung gestellt. Hierfür hat der Landkreis Wiesbaden 90 000 M. überwiesen worden. Ferner stimmte der Kreistag einem Dringlichkeitsantrag der SPD. zu, wonach ein weiteres Darlehen von 1 Million zur Förderung der Neubausarbeiten und Förderung des Wohnungsbaues aufgenommen werden soll.

Landrat Schmitt betonte, daß in absehbarer Zeit mit dem Brückenbau, der von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, begonnen und Erwerbslose aus dem Landkreis Wiesbaden bei demselben verwandt werden. Der Kreistag überträgt dem Kreisbauhaushaus die weiteren Verhandlungen über die Höhe der Beteiligung. Diese ist abhängig von den Gesamtbaukosten der Brücke sowie von der Höhe der

Reichs- bzw. Staatszuschüsse. Der Kreistag ist schließlich der Auffassung, daß die Gemeinde Hörsheim die Kosten des Geländeerwerbs nicht übernehmen kann.

A Wiesbaden. (Reformbesuche der Wiesbadener Kurhausmaskeballen.) Seitdem sich Wiesbaden eines weltberühmten Kurhauses erfreut, haben seine Räume alljährlich auch Prinz-Karneval zur Verfügung. Die Wiesbadener Kurhausmaskeballen waren jederzeit beliebt. Schenken doch nicht schon in den Jahren der Freiheitskriege und des Wiener Kongresses (1813/1815) nach alten Kurberichten faszinierende Festschäfte vor den Besuchern einer langen Reise zurück und leiteten in die hohe Turn- und Tanzschule Positivität mit dem „Schwager“ auf dem Bod. nur um an diesen Ballen teilnehmen zu können. So ausgelassen, wie es früher auch im Kurhaus manchmal zugegangen sein mag, beliebt wie heute sind die Maskeballen wohl niemals gewesen. Brachte es schon der zweite am 5. Februar auf über 4000 Besucher, so soll nach zuverlässiger Schätzung der dritte Maskeball am Samstag von nicht weniger als 7000 Personen besucht worden sein.

A Ober-Jungelheim. (Die Gasversorgung Ober-Jungelheims.) Nachdem die Gemeinde mit dem Gaswerk in Mainz einen Vertrag abgeschlossen hat, nachdem dieses Ober-Jungelheim mit Gas versorgt, hat nun die Gas- und Kraftwerke A.-G. Berlin (Wagag) die Gasverteilung innerhalb der Gemeinde in Pacht übernommen. Die Verteilungsanlagen bleiben Eigentum der Gemeinde, werden jedoch der Pächterin, die für die Gemeinde auch in den Vertrag mit der Stadt Mainz eintritt, zur Benutzung übergeben. Die Gaspreise sind gestaffelt und schwanken je nach Verbrauch zwischen 22 und 15 Pfennig für den Kubikmeter.

A Mainz. (Tödlicher Unfall.) In Mainz-Kastel wollte ein in einer Holzhandlung beschäftigter Arbeiter über einen vier Meter hohen Steg gehen. Dieser brach plötzlich zusammen, und der Mann stürzte auf Straßenpflaster, wo er lebensgefährlich verletzt wurde. Im städtischen Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen.

Notales.

Hochheim am Main, den 24. Februar 1927.

1. Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch, 23. Februar. (Kurzer Bericht).

1. Vorlage der Akten betr. Kapelle am Mainertor. Die Kapellenfrage ruft eine lange Debatte hervor. Eine Einigung hat diese auch jetzt nicht gebracht. Ein Antrag Krämer fordert die Vertagung bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung, weil die Sozialdem. Fraktion die Angelegenheit nochmals in ihrer eigenen Sitzung durcharbeiten will. Ein Vorschlag aus Zentrumskreisen, die Firma Burgeff möge der Kapelle einen dem jetzigen gleichwertigen Platz, viell. zwischen den zwei Burgeffschen Villen oder sonstwo geben, ist eventuell geeignet die Angelegenheit doch noch zur allgemeinen Befriedigung zu lösen.
2. Bekanntgabe der Denkschrift des Herrn Bürgermeisters zum Umbau des Stromversorgungsnetzes der Stadt Hochheim a. M.

Wir bringen den ungekürzten Inhalt in einer der nächsten Nummern zum Abdruck.

3. Aufnahme von 30 000.— M. für Errichtung eines Wohnhauses.

Die Genehmigung zur Aufnahme dieses Betrages ist bereits früher erfolgt. Es handelt sich heute mehr um eine formelle Anerkennung. Wird angenommen.

4. Kapitalbeschaffung von 87 000.— M.
a) zum Ausbau des Ortsnetzes des Elektrizitätswerkes 24 000.— M.
b) zum Erwerb von Baugebäude 7 148.— „
c) für die Aderdrainage 42 260.— „
d) für die Aufwertungssache Raab 13 320.— „

Der Bürgermeister soll das Geld von der die besten Chancen bietenden Stelle beziehen. In Betracht kommen Landesbank und Kreisparität. Sind beide in ihrem Angebot gleich, dann soll jede zur Hälfte herangezogen werden.

5. Eingabe der Wirtvereinsung um Herabsetzung der Gewerbesteuer von 180 Prozent auf 150 Prozent.

Wird an die Finanzkommission überwiesen.

6. Bekanntgabe von Kasseneinweisungen.

Diese fanden statt: 25. November, 24. Dezember, 25. Januar. Es wurde alles in Ordnung befunden.

7. Verschiedenes.

Hier kommt allerlei Interessantes zur Sprache. Das Wichtigste ist die Anregung ein Viehhof anzuschaffen, die Allee beim Berg in besseren Stand zu setzen, diejenigen Straßen, die zur Kanalisation nur mangelhaft ausgebaut wurden, endlich in bessere Verfassung zu bringen usw.

Schluß 10 Uhr. Eingehender Bericht in nächster Nummer.

I Todesfall. Die Frau des früheren Hochheimer stellvertretenden Bürgermeisters Herrn Böhm, jetzt Bürgermeister in Königstein i. T., ist dortselbst gestorben.

Die Militärenten werden am Samstag, den 26. ausbezahlt. Am pünktlichen Abholen wird ersucht.

Gedenksfeier. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr wurde in der Turnhalle die Feier des 130. Geburtstages des Gründers der Turngemeinde Hochheim in feierlicher Weise begangen. Nach Begrüßung der zahlreich anwesenden Turnerinnen, Turner und Turnfreunde durch den ersten Vorsitzenden, Turner Kellen, übergab derselbe dem Ehrenpräsidenten B. J. Siegfried das Wort. Nach eingehender Ermahnung, besonders an die Jugend, schilderte derselbe nach den vorhandenen Ueberlieferungen, das Leben und Wirken des Gründers Georg Hofmann, wie er voll und ganz nach dem Geiste Jahns gelebt und gewirkt, und frei und offen für das Waschen, Blühen und Gedeihen seines Vaterlandes eingetreten war. Nicht allein das Turnen, sondern auch das Deutschsein und -denken, die Pflege der Vaterlandsliebe, sei Aufgabe des Turnvereins. Mögen die Eltern ihre Kinder demselben zuführen, damit diese ihren Körper und Geist stärken und zu dem erzogen werden, was unserem bedrückten Vaterlande nützt, zu deutschen Männern. Nachdem lebhafteste Zustimmung dem Redner für seine Ausführungen gedankt, zeigten Turnerinnen und Turner wie auch Zöglinge an Red, Barren und Pferd ihre vorzügliche Schule. Reicher Beifall lohnte die strammen, z. T. sehr schwierigen Ausführungen. Mit dem Bewußtsein, einen echten und schönen turnerischen Nachmittagsverlebt zu haben, wurde die Feier um 7 Uhr abends geschlossen.

Siedlungskredite. Die Nassauische Landesbank in Wiesbaden hat 1 Million Mark zur Ausgabe billiger Siedlungskredite zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen an Söhne von nassauischen Bauern, die die Absicht haben, sich in Osten anzusiedeln, gegen hypothetische Sicherstellung verteilt werden. Als Höchstbetrag ist von der Landesbank ein Betrag von 10 000.— M. festgelegt. Bisher sind 20 Anträge gestellt, jedoch jetzt schon mit einer Kreditansprache von 200 000.— M. gerechnet werden kann. Im Interesse weiterer Förderung hat sich die Landesbank bereit erklärt, im Bedarfsfalle den ursprünglich bereitgestellten Betrag von 1 Million Mark zu erhöhen.

Deutsche Bau- und Siedlungsgenossenschaft Ortsgruppe Hochheim. Die am 20. Februar 1927 stattgefundene Vollversammlung erfreute sich wie immer einer regen Teilnahme. Der Vorsitzende referierte in seiner Einladung über die schnelle Weiterentwicklung der Genossenschaft, deren Mitgliederzahl bereits die Nummer 30 000 überschritten hat. In seinen weiteren Ausführungen sprach er über die Ursachen der Wohnungskrise und über die im Jahre 1927 stattfindende Reichswohnungszählung. Die Punkte, die unter Verschiedenem zu einer lebhaften Aussprache führten, finden zum Teile ihre Erledigung in der am 5. März 1927 angelegten Monatsversammlung.

Schneeschmelze. Das schöne Winterbild, das uns der zur Reize gehende Februar noch einmal bescherte, war nicht von langer Dauer. Schon tropfen die Dächer und der Erdboden wird wieder sichtbar. Da der Schnee ohne Regen abgeht, so ist Hochwasser nicht zu befürchten. Die Schneeschmelze ist für die Landwirtschaft von erhöhter Bedeutung. Das Schneewasser bringt bedeutend tiefer in den Boden ein als Regenwasser und führt daher die Düngstoffe auch den unteren Erdschichten zu. Auch fördert es die Fruchtbarkeit des Bodens mehr als Regenwasser; denn der Schnee reinigt bei seinem Fallen die Luft und diese Reinigungstoffe gelangen mit dem Schmelzwasser zugleich in den Boden. Die Natur hat weise dafür gesorgt, daß der Schnee nicht zu schnell wegeht und damit Überschwemmung verursacht. Beim Schmelzen desselben entsteht nämlich „Verdunstungskälte“, welche die Temperatur auf einem niederen Grade hält und damit die Schneeschmelze verlangsamt.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Hochheimer Markt (Frühjahrsmarkt) 1927.

Pferde, Rindvieh, Schweine- und A. am Markt am 14. und 15. März 1927.

Öffentliche Vergebung der Plätze für Fahrgeschäfte und Schaubuden am Dienstag, den 8. März ds. Jrs., vorm. 10 Uhr an Ort und Stelle, Mindestangebot 20 Pfg. pro qm. für alle Markttage.

Anmeldung und Bezahlung der Kramstände am Samstag, den 12. März ds. Jrs. vorm. von 8 bis 11 Uhr im Rathaus Zimmer 8 Verlosung und Ablegung der Plätze nachmittags 1 Uhr auf dem Plage.

Hochheim a. M., den 21. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Bekanntmachung.

Diejenigen Einwohner, die beabsichtigen, am Hochheimer Frühjahrsmarkt eine Straußwirtschaft zu eröffnen, werden aufgefordert, dies umgehend im Rathhaus Zimmer Nr. 6 während der Vormittagsdienststunden anzumelden. Die Genehmigung wird nur an die Einwohner erteilt, die selbsthergezeugten Wein besitzen.

Hochheim a. M., den 21. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Bekanntmachung.

Um der starken Nachfrage nach Unterkunftsräumen (möblierte Zimmer und Schlafstellen pp.) gelegentlich des Hochheimer Frühjahrsmarktes gerecht werden zu können, hat der Magistrat eine Wohnungsvermittlungsstelle bei Herrn Gastwirt und Stadtrat Adam Treber, Margaretenstraße 2, eingerichtet.

Einwohner, welche möblierte Zimmer, Schlafstellen oder sonstige Unterkunftsräume für den vorübergehenden Gebrauch durch Fremde zur Verfügung stellen können, wollen von dieser Gelegenheit recht lebhaft Gebrauch machen und Anmeldung bei Herrn Treber rechtzeitig anbringen.

Hochheim a. M., den 21. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Betrifft: Müden- und Schnafenplage.

Die im Spätsommer vorigen Jahres aufgetretene Müden- und Schnafenplage läßt es wünschenswert erscheinen, daß auf die Vernichtung derselben nachhaltig hingewirkt wird. Die Anregung geht vom Herrn Minister für Volkswohlfahrt aus. Ein Ausbrennen der Keller erscheint wegen der Feuergefährlichkeit nicht für angängig.

Empfohlen wird das Dr. Nordlinger'sche Floria-Insektizid. Floria-Insektizid ist im Gebrauch sehr billig, da es mit sehr viel Wasser vermischt, zur Bekämpfung der Stechmücken verwendet wird. Mit Hilfe einer aus drei Teilen Floria-Insektizid und 100 Teilen Wasser hergestellten Spritzbrühe gelingt es innerhalb kurzer Zeit, ungezählte Mengen der an Decken und Wänden der Keller usw. sitzenden Schnafen zu vernichten.

Im Keller befindliche Gegenstände, die nicht mit der Spritzbrühe bedeckt werden sollen, sind vor dem Abspritzen zu bedecken. Nach der Spritzung empfiehlt es sich, durch Öffnen von Türen und Fenstern für kurze Zeit Luftzug zu schaffen, damit die Spuren von Geruch schnellstens verschwinden. Bei der Vertilgung kann man sich einer Baum- oder Weinbergspritze bedienen, mit der man nicht die ganzen Kellerwände besprüht, sondern nur die Stellen, an denen die überwinterten Schnafen festgestellt werden.

Die Befolgung der Anordnung wird überwachelt.

Hochheim a. M., 21. Februar 1927.

Der Bürgermeister: Arzbächer.

Rüstige Männer, welche am Hochheimer Markt die Nacht-Becke übernehmen wollen, werden aufgefordert, sich sofort unter Angabe ihrer Forderung im Rathhaus Zimmer Nr. 8 in den Vormittagsdienststunden zu melden.

Hochheim a. M., den 21. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.



Gesang-Verein
„Sängerbund“
Hochheim a. M.

*

Fastnacht-Montag abends 8 1/2 Uhr (Saalöffnung 7.11 Uhr) im Saalbau „Zur Krone“

Großer Preis-Maskenball

Eintritt 1 Mk. einschl. Steuer und Biermarke. **FASTNACHT-DIENSTAG** abends 8.11 Uhr (Saalöffnung 7.11 Uhr) der gemütliche „FASTNACHTS-RUMMEL“ im Vereinslokal „Frankfurter Hof“. — Eintritt nur 30 Pfennig. — An den beiden Tagen spielt die „Feuerwehr-Kapelle“.



G. & B. „Harmonie“
Hochheim am Main

Am Sonntag, den 27. Februar 1927 (Fastnachtsdienstag) abends 7.11 Uhr findet in sämtl. festlich geschmückten Räumen des „Kaiserhof“

Masken-Ball

mit großer Preisverteilung statt. Die werthe Einwohnerchaft Hochheims, sowie alle unfr. Mitglieder nebst Angehörige sind hiermit freundl. eingeladen. Eintritt einschließlich Steuer nebst Biermarke 1 Mark. Große Stimmungskapelle.

Das närrische Komitee.

Die Preise sind im Schaufenster des Sattlermeisters Herrn Karl Josef Munt ausgestellt.



2 Maskenkostüme

(Pierrots) zu verleihen bzw. billig zu verkaufen Sponheimstraße 5.

Maskenanzüge

zu verleihen.
Kirchstraße 22.

Von alteingeführter Hamburger Kaffee-Großrösterei

Damen od Herren

gesucht zum Vertrieb v. Kaffee, Tee, Kakao im Bekanntheitsreise

Lohnender Verdienst!
Gefl. Anfragen unter H. F. 8603 an Rudolf Mosse, Hamburg I.

Mädchen

können Handarbeiten wie Stricken, Sticken usw. erlernen. Berta Gerber, Hirscheim, Hauptstr. 44.

Was ist modern?

Boyers Mode-Führer
Band I:
Damen-Kleidung
Frühjahr 1927
(Preis 1.50 Mark)

Band II:
Kinder-Kleidung
Frühjahr-Sommer 1927
(Preis 1 Mark)

zeigen's Ihnen!
Überall zu haben!
Verlag Otto Boyer, Leipzig 7



Infolge günstiger Abschlüsse sind wir in der Lage unsere

Margarine-Preise

zu ermässigen:

Tafelmargarine Pfd. 65,- | **Latscha's „Gold“** (vollwertiger Buttersatz) Pfd. 80,-
Latscha's „Gold“ (vollwertiger Buttersatz) Pfd. 94,-

Weizenmehl 0 Pfd. 24,- | **Kokosfett gar rein** Pfd. 56,-
Auszugsmehl 00 Pfd. 26,- | **Kokosfett in Tafeln** Marke „Ekor“ Pfd. 58,-
Konfekt-Mehl in 2- u. 5-Pfd.-Orig.-Packung Pfd. 30,- | **Schmalz gar rein** Pfd. 82,-
Salatöl Liter 90,-

Ihre selbstgeköchelten Vorräte in

Gelees u. Marmeladen

dürften geräumt sein!

Zur Ergänzung Ihrer Vorräte empfehlen wir:

4Fruchtmarmelade Pfd. 45,- | **2 Pfund-Eimer (runde)**
Zwetschenlatwerg Pfd. 52,- | **Dreifruchtkonfitüre** 95,-
Aprikosenkonfitüre Pfd. 70,- | **Pflaumenkonfitüre** 95,-
Apfelgelee Pfd. 58,- | **Apfelgelee** 95,-
Johannisbeergelee Pfd. 76,- | **Aprikosenkonfitüre** 1.40

J. Latscha

„Berein ehemaliger Kriegsgefangener“
Hochheim am Main

Am Samstag, den 26. Februar abends 8.11 Uhr

großer Masken-Ball

im „Frankfurter-Hof“
Tanz-Musik

Eintritt 0.50 Mk. einschließlich Steuer und Kappe
Kasseneröffnung 7.11 Uhr

Es laßt dazu ein

Der närrische Vorstand



Zum Karneval

empfehle meine neu hergerichtete Verleih-Beistände:
Für 20 neue Pierrots in allen Größen für Damen u. Herren 2.50 Mk. und 3 Mk. pro Tag, Elons und Dominos mit Hüte und Krage 0.50 Mk., 0.75 und 1 Mk. pro Tag, Elons und Dominos mit Hüte, Krage, Larve und Maske 1.50 Mk. pro Tag, sowie viele sonstige Charaktermasken aller Art zu den günstigsten Preisen. Masken 7 u. 12 Pfg., 10 und 15 Pfg., Latzen 35 und 45 Pfg., Seide 1 Mk.
Madalene Ruckes, a. B. Vintthard

Fisch von der See

Kabliau

ohne Kopf

zu billigstem Tagespreise

J. Latscha

Adolf Just's Heiler

für inneren und äußeren Gebrauch.
Das von Adolf Just wieder eingeführte

alte Natur- und Volksheilmittel

wird seit Jahren wieder bei der Pflege, Förderung und Erhaltung der Gesundheit, sowie im Krankheitsfall, selbst in ganz verzweifelten Fällen mit besten Erfolgen angewandt. Broschüren mit wichtigen Aufklärungen unentgeltlich durch:

Domdrogerie Wilhelm Otto, m. n. u. r. Leichhofstraße 5

Die eingehenden Aufträge werden postwendend spesenfrei nachnahme zum Versand gebracht.

Übler Mundgeruch

entstehen das schmerzliche Gefühl. Beide Schönheitsfehler werden oft durch einmaliges Waschen mit der herrlich erfrischenden Zahnpasta **Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten sofort nach kurzem Gebrauch einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Entfernung des hartnäckigen **Chlorodont-Zahnpasta** mit gezieltem Borstenansatz. Zählende Speisereste in den Zwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Packung **Chlorodont-Zahnpasta** für Kinder 70 Pfg. oder 1.25 (einschließlich Steuer). Für Herren 1.25 (einschließlich Steuer). Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“.

Turngemeinde Hochheim e. V.

Samstag Abend 8.11 Uhr findet in der Turnhalle hier eine karnevalistische

Kappen-Sitzung

statt, wozu alle Mitglieder, Angehörige und Gönner des Vereins ergebenst eingeladen werden. Das närrische Komitee.

K. B. Masken haben keinen Zutritt.

Läuferschweine

von 50 Pfund aufwärts pro Pfund 78 Pfennig zum Verkauf.

Gebrüder Barmann, Erbenheim

Mainzerstr. 11, Telefon Amt Wiesbaden Nr. 6226 u. 6254.

